

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/227

27. November 1975

Sozialdemokraten für Europa-Wahl

SPD-Bundestagsfraktion bereitet nationale Gesetzgebung vor

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

CDU/CSU-Agitation verfinsterte die Polen-Debatte

Kohls Gehorsam gegenüber Strauß kennt keine Grenzen mehr

Seite 3 und 3a / 51 Zeilen

Rechtsstaatliche Ordnung im CSU-Verständnis

Freistaat-Praxis wirkt sich gegen Sozialdemokraten aus

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Fraktion

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Am Ende doch keine "Kulturschande"

Sturmloch zur Rettung einer gar nicht bedrohten prähistorischen Fund-Grube

Von Hans Krollmann MdL

Kultusminister des Bundeslandes Hessen

Seite 6 und 7 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 185 409
Pressnhaus 1, Zimmer 317-224
Telefon: 32 60 37 - 20
Telex: 08 65 548 - 45 ppa n d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 370611

Sozialdemokraten für Europa-Wahl

SPD-Bundestagsfraktion bereitet nationale Gesetzgebung vor

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einstimmig den vom Europäischen Parlament vorgelegten Entwurf für allgemeine Direktwahlen gebilligt. Damit werden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in ihrem Bemühen unterstützt, entsprechend dem Gipfel-Kommuniqué vom Dezember 1974 das Europäische Parlament im Jahre 1978 auf eine eigene Basis unmittelbarer demokratischer Legitimation zu stellen. Die Gipfelkonferenz hatte mit ihrem Beschluß die Arbeiten des Europäischen Parlaments an seinem seit 1961 zweiten Entwurf für allgemeine Direktwahlen in den Mittelpunkt des europapolitischen Interesses gerückt. Dieser Entwurf war vom niederländischen Sozialisten Patijn vorgelegt worden und ist inhaltlich weitgehend nach den Vorstellungen der Sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament ausgestaltet.

Die Bedeutung dieser Entscheidung steht in engem Zusammenhang mit der nun erforderlichen Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments. Ein Parlament soll nicht selbst regieren, sondern das Regierungsorgan kontrollieren. Daher muß in der Europäischen Gemeinschaft das demokratische Prinzip echter parlamentarischer Verantwortung der europäischen Leitungs- und Rechtssetzungsorgane gegenüber dem Europäischen Parlament eingeführt werden. Dies sind wichtige Schritte auf dem Wege einer verstärkten Integration der Europäischen Gemeinschaft. Es hat sich erwiesen, daß die Wirtschaft allein nicht die für eine europäische Integration notwendige und ausreichende Kraft entfalten kann. Die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft ist weit fortgeschritten. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten aber haben sich die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung vergrößert. Der politische Wille der Völker und Regierungen der Mitgliedstaaten

bleibt daher der entscheidende Motor und Maßstab der Integration. Es geht darum, ihm durch institutionelle Reformen - wie derjenigen der Direktwahl - eine bessere Plattform zu schaffen. Der Europäische Rat und der Ministerrat sind aufgefordert, den Vertrag für allgemeine Direktwahlen zügig zu verabschieden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nicht nur als erste klar zum Direktwahl-Entwurf des Europäischen Parlaments bekennt, sie nimmt auch als erste die Arbeiten an einer nationalen Europawahl-Gesetzgebung auf. Diese Aufgabe wird den Deutschen Bundestag vor schwierige Probleme stellen, zum Beispiel weil die Bundesrepublik der einzige Bundesstaat in der Europäischen Gemeinschaft ist und weil der vorgesehene Vertrag den Mitgliedstaaten in zahlreichen Fragen nationale Regelungen vorbehält.

Das Jahrhundertwerk allgemeiner Direktwahlen zum Europäischen Parlament könnte freilich immer noch aus vielen Gründen scheitern - die größte Gefahr aber droht ihm aus zögernden Vorbereitungen, so daß dann schlicht und einfach der entscheidende Zeitpunkt verstreichen würde. Wenn wir unsere Gesetzgebungsarbeit jedoch entschlossen vorantreiben, könnte dies auch andere Mitgliedstaaten ermutigen. Es wird die Aufgabe der Fraktionen des Deutschen Bundestages sein, ihre Vorstellungen und die politischen Leitlinien für ein Europawahl-Gesetz zu formulieren, das solange gelten soll, bis ein direktgewähltes Europa-Parlament ein einheitliches europäisches Wahlrecht geschaffen hat. Es wird die Aufgabe der Parteien sein, Vorarbeiten für einen europäischen Wahlkampf zu leisten, durch den ihnen eine wichtige informatorische und integrationspolitische Rolle zufällt. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, daß dieser Wahlkampf in Abstimmung mit den anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft geführt wird.
(-/27.11.1975/w1/e)

+ + +

CDU/CSU-Agitation verfinsterte die Polen-Debatte

Kohl's Gehorsam gegenüber Strauß kennt keine Grenzen mehr

Es war vorauszusehen gewesen, daß die Bundestagsdebatte über die Abkommen mit Polen nicht eben zu einem Exempel mustergültiger parlamentarischer Auseinandersetzung geraten würde. Dem hochrangigen Thema wäre zwar genau dies zugekommen, aber die Gründe aus der Parteilandszene, die dagegen sprachen, legen auf der Hand: Wohl kein Aspekt dieser Übereinkünfte mit Warschau, die den politischen Schlußstrich unter ein Kapitel niemals faßbaren Elende im deutsch-polnischen Verhältnis ziehen, war in der ausführlichen öffentlichen Diskussion, die dieser Bundestagsdebatte voranging, unberücksichtigt geblieben. Wirkliche Argumente gegen die Abkommen hatte dabei die Union, deren renommierteste Außenpolitiker sich schließlich auch für die Vereinbarungen aussprechen, nicht vorzubringen, und es sprach nichts dafür, daß sich dies im Parlament ändern könnte. Außerdem waren die Schatten des nahen Wahlkampfes zu gewärtigen.

Dennoch beacherte die Debatte Überraschungen. Das Maß, in dem sich der von der CSU permanent malträtierte Kanzlerkandidat der Union als Marionette des Bayern und somit als unbeträchtliches politisches Leichtgewicht decouvrieren sollte, übertraf doch alle Erwartungen. Strauß konnte getrost darauf verzichten, selbst in die Schlamgräben zu steigen, denn Kohl führte alle seine Santhofener Befehle in peinlichem Gehorsam aus: Polemik! Keine Argumentation! Nun ergibt diese Regie kein tagesfüllendes Programm, zumal, wenn zur Sache nur die alte Garzel-Formel vorgetragen werden darf: im Prinzip eigentlich schon, aber so nicht und jetzt nicht. Also muß die Polemik immer maßloser, müssen die verbalen Attacken immer hitziger werden, um sich doch noch über die Runden zu retten.

In dieser Situation vertieg sich Kohl nach dem Zwischenruf "Sportplatz" (von der Union war dieser Vergleich bereits im Zusammenhang mit dem

Mannheimer SPD-Parteitag gebraucht worden) zu der Äußerung, dies sei die Sprache des "Untermenschen". Was ruchlose Scharfmecherei betrifft, so ist Kohl gegenüber Strauß, Dragger und so manch anderem der "christlichen" Demokraten ein Weisenknabe. Kohl, der als Kanzlerkandidat erst zwei Auftritte im Bundestag hatte, ist auch kein erfahrener Heudegen oder gewiefter Taktiker des parlamentarischen Schlagabtausches. Aber alle diese Umstände lassen seine Entgleisung nicht in milderem Licht erscheinen. Er demonstrierte, daß es für seine Bereitschaft, dem Überlegenen CSU-Chef gehorsam zu sein, keine Grenzen gibt, und daß er sich in Ausführung der Sant-hofener Befehle auch nicht unter Kontrolle hat.

Der Bürger wird sich sein Urteil über eine Partei bilden, deren heillose innere Zerstrittenheit solche Auswüchse in ihrer Spitze provoziert. Insofern mag die Debatte auch einen nützlichen Effekt zeitigen. Angesichts des Themas, das ihr gestellt war, Aussöhnung mit einem Opfer eigenen historischen Versagens, wird sie durch diesen Griff nach einem der berüchtigtsten Termini aus eben jener grauenhaften Zeit als einer der dunklen Tage des deutschen Parlamentarismus in Erinnerung bleiben.

Claus Preller
(-/27.11.1975/pr/ee)

* * *

Rechtsstaatliche Ordnung im CSU-Verständnis

Freistaat-Praxis wirkt sich gegen Sozialdemokraten aus

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender der
Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Fraktion

Die bayerische CSU-Regierung verletzt mit ihrer Einstellungspraxis für den Öffentlichen Dienst unsere rechtsstaatliche Ordnung. In letzter Zeit wird es immer deutlicher, daß unter dem Vorwand des sog. "Radikalen-Erlasses" kritische Sozialdemokraten vom Öffentlichen Dienst ausgeschlossen bleiben sollen. Es sind Fälle bekannt, in denen SPD-Mitglieder wegen ihrer Tätigkeit als Studenten im SHB nicht in den bayerischen Staatsdienst aufgenommen wurden. Es ist der Fall eines sozialdemokratischen Religionslehrers bekannt, der aus dem Öffentlichen Dienst entfernt werden sollte, weil er den "Gedanken des Friedens" in den Mittelpunkt seines Unterrichts gestellt hatte.

Eine neue Variante in dem Trend, Sozialdemokraten die Übernahme in den Öffentlichen Dienst zu verweigern, zeigt der "Fall Nieß". Die Fakten zum "Fall Nieß" dürften hinlänglich bekannt sein (vgl. z. B. "Spiegel" Nr. 48, Seite 70). Neu ist daran, daß hier ein SPD-Mitglied und Angehöriger der ÖTV nicht in den höheren Justizdienst übernommen wird, weil es einer überparteilichen Organisation, der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) angehört, in deren Vorstand neben neun Sozialdemokraten auch sechs DKP-Mitglieder vertreten sind. Und neu ist auch, daß der bayerische Justizminister sich in seinem ablehnenden Bescheid auf die "Diktion" in einer Vereinsitzung beruft, und daß dann dieser Wortlaut, weil ihm nichts verfassungsfeindliches entnommen werden kann, auch noch falsch zitiert wird, damit er den Vorstellungen von einer "kommunistisch beherrschten Organisation" doch noch entspricht. Das ist perfekte Manipulation. Man mag zur VDJ stehen wie man will. Auf keinen Fall geht es aber an, daß eine Assessorin, die in dieser Vereinigung ihren sozialdemokratischen Standpunkt vertritt, allein deshalb nicht Richterin werden soll, weil sie z. B., wie es im ablehnenden Bescheid heißt, gegen "wirtschaftliche Machtkonzentration" und "faschistische Tendenzen in Staat und Justiz" eintritt, oder weil sie an der Aktion "Solidarität mit Chile" teilnimmt.

Aber - und dies ist das rechtsstaatswidrige Faktum im ablehnenden Bescheid - das Verhalten der Assessorin Nieß und deren einzelne Argumente sind eben nicht auf ihre Vereinbarkeit mit der freiheitlich demokratischen

Grundordnung unseres Staates überprüft worden. Im Gegenteil: Als Frau Nieß im Einstellungsverfahren vorbrachte, daß sie innerhalb der VDJ sozialdemokratische Positionen vertritt, wurde ihr das auch noch belastend als "Erkenntnis zur VDJ" ausgelegt.

Frau Nieß wird mit ihrer Anfechtungsklage vor dem Verwaltungsgericht München sicher Recht bekommen. Dennoch können wir derartige Fälle nicht mit dem Argument beiseite schieben, daß die Angelegenheit auf dem Rechtswege zu klären sei. Denn zum einen ist der Beurteilungsspielraum der Einstellungsbehörden auch nach dem "Radikalenbeschuß" des BVerfG vom 22. Mai 1975 gerichtlich nicht voll nachprüfbar, und die Gerichte sind auf eine "Willkürkontrolle" beschränkt. Zum anderen ist der "Fall Nieß" ein so flagranter Beispiel dafür, wie die CSU-Regierung in Bayern den Regieranweisungen aus Sonthofen folgt, daß man die Antwort darauf nicht den Gerichten überlassen dürfte.

Wir müssen der Öffentlichkeit klarmachen, wer hier in Wahrheit zu Zweifeln an seiner Einstellung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung Anlaß gibt: Nämlich die CSU und die von ihr geführte bayerische Regierung, die ein Monopol für sich beansprucht sowohl hinsichtlich der Auslegung des Grundgesetzes als auch hinsichtlich der Auswahl der Richterschaft und der Beamten, und das nach konservativ politischen und zum Teil rechtsstaatswidrigen Kriterien. Wir müssen den Bürgern sagen, daß Strauß in unserem Lande einen "inneren Feind" aufbaut und Anweisung gibt, die Sozialdemokraten mit ihm zu identifizieren. Er lieferte dafür in Sonthofen die Stichworte: Die Sozialdemokraten repräsentierten den Sozialismus und die Unfreiheit, das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft, und ihre Politik laufe auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinaus. Perfide spricht Strauß die Verdächtigung aus, eine ganze Schaar von Sympathisanten der Baader-Mainhof-Verbrecher säßen in der SPD- und der FDP-Fraktion in Bonn.

Dies gefährdet die innere Sicherheit und verletzt unsere rechtsstaatliche Ordnung. Strauß und seine Politik sind ein Sicherheitsrisiko.
(-/27. 11. 1975/wi/e)

+ + +

Am Ende doch keine "Kulturschande"

Sturmlauf zur Rettung einer gar nicht bedrohten prähistorischen Fund-Grube

Von Hans Krollmann MdL

Kultusminister des Bundeslandes Hessen

In ihrem Hauptkommentar auf Seite eins empörte sich vor kurzen die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" über eine "Kulturschande", und in Leserbriefen wurde wenige Tage später prompt für eine "nationale Spende" plädiert. Gegenstand der publizistischen Erregung waren diesmal nicht etwa die Planstellensituation im Schulbereich und die Probleme beschäftigungsloser Lehrer, sondern eine fossilreiche Ölschiefergrube bei Darmstadt. Schon häufiger hatten Veröffentlichungen in der letzten Zeit den Eindruck zu erwecken versucht, als würden durch die Planungen der Hessischen Landesregierung die wertvollen Fundstätten in der Grube Messel aufgegeben oder gar vernichtet.

Dazu scheint jetzt eine deutliche Stellungnahme nötig. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß die Messeler Fossilien im Müll begraben werden. Zwar ist geplant, die Grube Messel künftig als Mülldeponie zu nutzen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Grube ein Gesamtvolumen von 25 Millionen Kubikmeter hat. Konkret bedeutet dies, daß eine Ausbeutung der Fossilien und eine allmähliche Auffüllung der Grube durchaus parallel erfolgen kann. Über Jahrzehnte besteht keine Gefahr für die Grabungen in der Grube Messel.

Im Gegenteil: Alle Fachleute, die die technischen Bedingungen der Grabungen im einzelnen kennen, sind sich einig, daß erst die Planung einer zentralen Abfallanlage die optimale Voraussetzung für mittel- und langfristige Grabungen schafft. So muß z. B. durch die Einrichtung einer Deponie die Grubensohle vom Wasser freigelegt werden. Erst durch das Absaugen des Wassers, ein aufwendiges und kostspieliges Verfahren, das alleine mit Mitteln des Denkmalschutzes niemals hätte in die Wege geleitet werden können, werden wertvolle und bislang unzugängliche Grabungsstätten

freigelegt. Im Übrigen sind heute aus Sicherheitsgründen ohnehin nur begrenzte Forschungsmöglichkeiten in der Grube Messel gegeben. Weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Stabilisierung der Böschungsfüße, die ein Abrutschen des Erdreichs verhindern werden, schaffen mittel- und langfristig sichere Ausgrabungsbedingungen.

Im bevorstehenden Planfeststellungsverfahren werden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, die Ausgrabungsmöglichkeiten für einen Zeitraum von mindestens zwanzig Jahren gewährleisten. In dieser Zeit können meines Erachtens alle erreichbaren Versteinerungen ausgegraben und ausgewertet werden. Durch die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden und den zuständigen Wissenschaftlern, insbesondere durch die Mitarbeit des Direktors des Senckenberg-Museums, Professor Dr. Schäfer, konnten optimale Wege gefunden werden, wie die Schürfgenehmigungen und die wissenschaftliche Arbeit in der Grube für einen ausreichenden Zeitraum gesichert werden können. Aufgrund dieser Planungen wurden bereits im Sommer d. J. Grabungen durchgeführt, die reibungslos abliefen. Ich werde mich auch weiterhin in dieser Frage auf die sachverständige Mitarbeit des Senckenberginstituts verlassen können.

Von "Kulturschande" kann unter den geschilderten Umständen nach meiner Überzeugung keine Rede sein. In diesem Falle scheint mir auch eine "nationale Spende" für die Messeler Fund-Grube durchaus überflüssig. Denn es wird auf dem eingeschlagenen Weg gelingen, die Belange des Denkmalschutzes und die auch aus meiner Sicht nicht weniger wichtigen Belange des Umweltschutzes zu wahren. (-/27.11.1975/wi/e/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller